

Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 14/3454/14/3550 –**

**Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen
Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren
Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen
Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage
der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
vom 10. Juni 1999**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt die Verlängerung des Mandats für die im Kosovo im Rahmen der KFOR eingesetzten Bundeswehreinheiten ab.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert:
 - die im Kosovo im Rahmen der KFOR eingesetzten Bundeswehreinheiten innerhalb eines angemessenen Zeitraums zurückzuziehen,
 - innerhalb der Vereinten Nationen und der Nordatlantischen Allianz darauf hinzuwirken, dass in angemessenem Zeitraum anstelle des KFOR-Einsatzes für das Kosovo eine VN-Blauhelmmission (peace-keeping-mission) eingerichtet wird, deren Einheiten sich aus solchen Staaten zusammensetzen, die nicht an der NATO-Intervention in Jugoslawien im Jahre 1999 beteiligt waren,
 - innerhalb der VN und der OSZE darauf hinzuwirken, dass die Unmik wesentlich und auf allen Ebenen gestärkt wird, die internationale Polizeipräsenz auf den geplanten Stand gebracht und darüber hinaus ausgebaut wird, Sicherheitsaufgaben zunehmend von zivilen Kräften übernommen werden, der Aufbau der Zivilverwaltung insgesamt deutlich gefördert wird.

Berlin, den 7. Juni 2000

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Tausende unschuldiger Opfer haben die NATO-Bomben unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung gefordert, doch multiethnischem Zusammenleben, der Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtstaatlichkeit – Ziele, für deren Verwirklichung der Krieg angeblich geführt wurde – ist das Kosovo keinen Schritt näher gekommen.

Im Kosovo finden heute unter den Augen der NATO ethnische Vertreibungen, Mord und Totschlag, kaum gezügelte Kriminalität, Plünderungen und Brandstichungen statt. Opfer sind alle nichtalbanischen Bevölkerungsgruppen des Kosovo sowie die Albanerinnen und Albaner, die sich nicht UCK-konform verhalten. In Südserbien drohen vom Kosovo ausgehende und von KFOR geduldeten militärische Terroraktionen albanischer Extremisten einen neuen Krieg zu entfachen.

Die NATO war Kriegspartei. Die NATO-Truppen können daher heute nicht den notwendigen neutralen Status einnehmen. Sie werden nach wie vor als (Kriegs-)Partei wahrgenommen und scheinen häufig auch als solche zu agieren. Die zweifellos erforderliche internationale Präsenz muss – um erfolgreich und allgemein akzeptiert sein zu können – von ausschließlich UNO- und/oder OSZE-geführten und allein ihr verantwortlichen Kräften gebildet werden.

Die unbefristete und uneingeschränkte Verlängerung des Bundeswehreinsatzes bedeutet den Erhalt des militärischen Status quo, möglicherweise auf Jahrzehnte hinaus die Festschreibung eines NATO-Protectorats Kosovo, das einen permanenten Konfliktherd in der Region bilden kann. Gefragt sind aber ein Rückbau des militärischen Faktors im Kosovo sowie verstärkte vertrauensbildende Bemühungen und Wiederaufbaumaßnahmen im zivilen Bereich zur weiteren Stabilisierung der Lage. Und zwar durch zivile Institutionen, nicht etwa durch die Übertragung ziviler Aufgaben auf militärische Einheiten.

Vor Beginn des offenen Krieges gegen Jugoslawien wurden die Bemühungen um zivile Konfliktbearbeitung stark vernachlässigt, obwohl sich Erfolge z. B. im Zuge der OSZE-Beobachtermission abgezeichnet hatten. Zu stark war der Drang der NATO-Staaten nach militärischer Intervention. Die militärische Logik setzt sich auch mit und im KFOR-Einsatz fort: Der Wiederaufbau verläuft bislang lediglich rudimentär. Statt vollständiger Abrüstung und Demilitarisierung erfolgte ein kaum kaschierter Erhalt der UCK-Strukturen unter neuem Label. Die Aufgaben und der reale Einfluss von UNO und OSZE bleiben marginal. Der Aufbau der Zivilverwaltung und der internationalen Polizeipräsenz erfolgt schleppend. Stattdessen dominiert die NATO alles und übt letztlich die Kontrolle über die ganze Region aus, ohne wirkliche Stabilität und Fortschritte im Friedensprozess herbeizuführen. Abschiebungen von Kriegsflüchtlings sind unverantwortlich und erschweren die Lage zusätzlich.

Die Bundesregierung, allen voran der Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesminister der Verteidigung, haben den Krieg und den Einsatz der Bundeswehr dazu genutzt, Auslandseinsätze der Bundeswehr bis hin zum Kriegeinsatz zur Normalität zu machen. Derselben Politik folgt die Bundesregierung mit ihrem aktuellen Vorhaben, die Bundeswehr zu einer klassischen weltweit kriegsfähigen Interventionsarmee umzustrukturieren und umzurüsten. Stattdessen ist nicht mehr Militär, sondern mehr Entmilitarisierung gefragt.